

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke
und der weiteren Abgeordneten der PDS**

— Drucksache 13/460 —

**Die Forderung der russischen Regierung, den Probst Kurt Beyer aus Kaliningrad
abzuberufen**

In der Ausgabe vom 3. Februar 1995 berichtet die neurechte Zeitung „Junge Freiheit“ darüber, daß das Auswärtige Amt und die Evangelische Kirche in Deutschland die Forderung des russischen Außenministeriums zurückgewiesen haben, Probst Kurt Beyer aus Königsberg abzuberufen. Die „Junge Freiheit“ schreibt: „Beyer wird vorgeworfen, er betreibe deutsche nationale Stimmungsmache und verwende humanitäre Hilfe aus Deutschland einseitig unter nationalen Gesichtspunkten. Außerdem werbe er Rußlanddeutsche aus Kasachstan zur Ansiedlung im nördlichen Ostpreußen an und betreibe Hetze gegen die russisch-orthodoxe Kirche. Aus Bonn und Hannover hieß es dazu, die Vorwürfe gegen Beyer seien völlig unbegründet.“

Offenbar dürfte ein Streitpunkt in dieser Auseinandersetzung sein, daß es während des Gottesdienstes anlässlich des 450jährigen Bestehens der Universität Königsberg zu einem Eklat kam. Laut „Junge Freiheit“ behauptet der Vorsitzende der Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen, Wilhelm von der Trenk, eine Delegation der russisch-orthodoxen Kirche sei „gezielt zu spät“ zum Gottesdienst gekommen. Der Probst Kurt Beyer habe daraufhin die bereits begonnene Liturgie unterbrochen, um dem orthodoxen Bischof ein Grußwort zu ermöglichen. Dieser habe dann zehn Minuten gesprochen, um danach „mit viel Getöse“ den Gottesdienst zu verlassen (Junge Freiheit, 28. Oktober 1994). Offenbar hat die Gemeinschaft Evangelischer Deutscher diese Informationen gezielt auch an die Vertriebenenpresse und neurechte Presse weitergeleitet.

Vorbemerkung

Das russische Außenministerium hat sich in der Angelegenheit Propst Kurt Beyer an die deutsche Botschaft in Moskau gewandt. Das Auswärtige Amt hat die von russischer Seite erhaltenen Informationen an die evangelische Kirche und an die evangelisch-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 23. Februar 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

lutherische Kirche in Rußland, der Ukraine, Kasachstan und Mittelasien (Elkras) weitergegeben. Zu einem späteren Zeitpunkt hat die deutsche Botschaft in Moskau das russische Außenministerium von den Stellungnahmen dieser Institutionen unterrichtet.

1. Trifft es zu, daß die russische Regierung bzw. das russische Außenministerium sich an die Bundesregierung gewandt und die Abberufung von Probst Kurt Beyer gefordert hat, und wenn ja, wann und mit welcher Begründung?

Siehe Vorbemerkung. Entsprechend der üblichen Praxis des diplomatischen Verkehrs zwischen Staaten sieht sich die Bundesregierung gehindert, Einzelheiten aus einem vertraulich geführten Gespräch weiterzugeben. Die Bundesregierung bedauert erfolgte Indiskretionen.

2. Wie hat die Bundesregierung die von der russischen Regierung erhobenen Vorwürfe geprüft?

Trifft es zu, daß die Vorwürfe gegen Kurt Beyer als völlig unbegründet bezeichnet wurden?

Siehe Antwort zu Frage 1 und Vorbemerkung.

3. Ist der Bundesregierung der Artikel zu den Vorfällen anlässlich des Gottesdienstes zum 450jährigen Bestehen der Universität Königsberg bekannt, und wenn ja, kann die Bundesregierung hier auch erkennen, daß gegen die Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche Ressentiments geschürt und eine nationale Stimmungsmache betrieben wurde?

Der fragliche Artikel und die genannte Zeitschrift sind der Bundesregierung nicht bekannt.

4. Wodurch kann die Bundesregierung ausschließen, daß die Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen und der Probst Beyer Rußlanddeutsche zur Ansiedlung in Nordostpreußen aufgefordert habe?

Die Haltung der Bundesregierung, daß der Zuzug Rußlanddeutscher in das Gebiet Kaliningrad nicht gefördert wird, ist allseits bekannt, auch den Deutschen in Rußland und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und ihren Verbänden. Der Chef der Gebietsverwaltung Kaliningrad, Professor Matotschkin, hat erklärt, es befänden sich ca. 4 000 Deutsche bei einer Gesamtbevölkerung von nahezu einer Million Menschen im Gebiet Kaliningrad. Die Zahl sei gegenwärtig rückläufig.

5. Wann hat die Bundesregierung wie auf die Forderung der russischen Regierung geantwortet?

Siehe Vorbemerkung.